

60/AE XXI.GP

DRINGLICHER ANTRAG

der Abgeordneten Peter Pilz, Freundinnen und Freunde

betreffend

ÖSTERREICHISCHE NEUTRALITÄT, DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG UND DIE SOFORTIGE DURCHFÜHRUNG EINER VOLKSBEFragung

Die Neutralität Österreichs ist für die Gemeinsame Europäische Aussen - und Sicherheitspolitik eine historische Chance und kein Hindernis. Sie ist nach dem Völkerrecht ein spezifischer Beitrag zum Frieden und keine Verweigerung von Solidarität. Sie verpflichtet zu einer aktiven Aussenpolitik, zu Ausgleich und Konfliktprevention, zu Vermittlung und in besonderem Ausmass zu ziviler und humanitärer Hilfe. Die Neutralität ermöglicht Österreich, weit über seine Stellung als Kleinstaat hinaus, eine bedeutsame Rolle im Rahmen der Vereinten Nationen zu übernehmen. Als die österreichische Aussenpolitik ein einziges Mal in der zweiten Republik internationale Anerkennung errang, verfolgte sie eine umfassende aktive Neutralitätspolitik. Bruno Kreisky befreite damals die österreichische Neutralität aus ihrer bloß passiven Rolle im Ost - West - Konflikt und entwickelte sie zu einer umfassenden Vermittlungsposition im Nord - Südkonflikt.

Die Neutralität Österreichs entspricht dem demokratischen Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und ist mit ihrem strikten Friedensgebot die angemessene Haltung gegenüber der eigenen Geschichte der Verstrickung in die schrecklichsten Aggressionskriege des zwanzigsten Jahrhunderts. Ihre systematische Aushöhlung durch die Regierungspolitik der letzten Jahre stellt eine vorsätzliche Missachtung eines zentralen Verfassungsgebotes dar, beschädigt die Rechtsstaatlichkeit und die Verfassungskultur unseres Staates und wird ohne demokratische Legitimation betrieben. Offenkundig versucht die Bundesregierung Österreich in eine Zwangslage zu manövrieren, in der sie den Beitritt zur Nato und die Aufgabe der Neutralität als unausweichlich darstellen können.

Die Neutralität Österreichs muss als ein Angebot auch mit der Bereitschaft, alle damit verbundenen Aufgaben und Lasten zu übernehmen, in die Verhandlungen um eine künftige Europäische Aussen - und Sicherheitspolitik eingebracht werden. Diese Neukonzeption der österreichischen Neutralität im Kontext der europäischen Integration unterlassen zu haben, ist ein historisches Versäumnis der Koalitionsregierungen. Damit wurden auch zahlreiche Chancen vertan, Österreich im internationalen Maßstab als federführend bei der Konfliktprevention und -vermittlung zu etablieren. Von der Bundesregierung wurden in den letzten Jahren auch alle

Initiativen hintertrieben, eine gemeinsame Haltung der neutralen und blockfreien Staaten in der EU zu entwickeln.

Die Neutralität Österreichs kann als allerletzte Möglichkeit - nur mehr in die im Februar beginnenden Verhandlungen der Regierungskonferenz der EU eingebracht werden. Doch bei der Erstellung der Tagesordnung zur Regierungskonferenz verzichtete die Bundesregierung wiederum darauf. Die Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralität wird durch diese Politik schwer erschüttert. Das Versprechen einer eigenständigen und aktiven Mitgestaltung Österreichs an der weiteren Entwicklung der Europäischen Union bleibt so ein weiteres Mal uneingelöst. Die Bundesregierung hat die österreichische Neutralität längst mit einem Ablaufdatum versehen.

Die europäische Einigung kann letztlich nur dann Erfolg haben, wenn Europa die Verantwortung für die eigene Sicherheit und den Frieden übernimmt und die militärischen Blockstrukturen aus dem kalten Krieg überwindet. Demgegenüber Milliardenbeträge für Aufrüstung bei einer Nato - Erweiterung auszugeben, ist unverantwortlich.

Auch gegenüber den ehemals kolonialisierten Ländern vor allem Afrikas ist es erforderlich, die EU nicht als verlängerten militärischen Arm der Vereinigten Staaten zu entwickeln. Bezweifeln die Mitgliedsstaaten der EU dagegen ihre eigene Fähigkeit Frieden zu halten und zu stiften und für die eigene Sicherheit zu sorgen, dann stellen sie den Kern der europäischen Einigungsidee selbst in Frage. Die Ausdehnung der Abhängigkeit von der Nato auf den gesamten Kontinent kann jedenfalls der ureigenen Verantwortung Europas nicht gerecht werden. Sicherheitspolitik ist eine Funktion der Aussenpolitik. Es ist geplant, dass die europäischen Sicherheitsstrukturen mit der Nordatlantischen Allianz verschmolzen werden sollen, ohne dass die EU auch nur den Ansatz einer gemeinsamen, handlungsfähigen europäischen Aussenpolitik entwickelt hat.

Die Nato ist kein europäisches Sicherheitssystem, sondern sie ist wesentlich ein Instrument US - amerikanischer Aussenpolitik mit geringer Mitsprache einiger europäischer Staaten. Die Nato ist kein Verteidigungsbündnis mehr, sondern hat die offensive globale Interventionsfähigkeit als neue strategische Doktrin. Die Nato weigert sich die internationalen Verträge zur Abschaffung der Atomwaffen einzulösen. Die Nato macht sich zusehends unabhängig von dem völkerrechtlichen Gewaltmonopol der Vereinten Nationen und ermächtigt sich selbst zu militärischer Gewalt. Die Nato ist ein Instrument US - amerikanischer Weltmachtspolitik mit Europa in der Rolle des Helfers.

Die Aufrechterhaltung der Neutralität und Bündnisfreiheit einzelner Staaten in der EU kann dagegen die Option einer autonomen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung und die Option einer souveränen europäischen Aussenpolitik für die kommenden Generationen offenhalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

DRINGLICHEN ANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird aufgefordert:

- mit der Beibehaltung der Neutralität einen eigenständigen Beitrag Österreichs zu Frieden und Sicherheit in Europa zu leisten und dabei eine gemeinsame Politik mit den übrigen neutralen und bündnisfreien Staaten der EU zu entwickeln;

- mit der Beibehaltung der Neutralität den Weg für ein wirkliches europäisches Sicherheitssystem offenzuhalten,
 - das dem Völkerrecht verpflichtet ist;
 - das sich dem Gewaltmonopol der UNO unterwirft;
 - das auf alle Massenvernichtungswaffen verzichtet;
 - das der Konfliktverhütung oberste Priorität einräumt und entsprechende Kräfte zur zivilen Konfliktlösung aufbaut;
 - das zu weltweiter Abrüstung beiträgt;
 - das sich nicht als Instrument von Großmachtsansprüchen und neuen Blockbildungen versteht;
 - das nicht nur einen Raum der Sicherheit, sondern einen Raum des Friedens schafft!

- in einer Erweiterung der Europäischen Union das eigentliche und vorrangige Friedensprojekt Europas zu erkennen, was in allererster Linie die Verpflichtung, den Aufbau von Demokratie, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung, den Schutz der Umwelt und die kulturelle Entfaltung in den Reformstaaten endlich angemessen zu unterstützen, beinhaltet;

- die Neutralität auch als Verpflichtung zu verstehen, bei humanitären Hilfsaktionen, bei Maßnahmen zur Entwicklung von Demokratie, Sozialstaat, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, des Wiederaufbaus und der Entwicklungspolitik in besonderem Ausmaß Aufgaben und Lasten zu übernehmen;
- die österreichische Neutralität in die Regierungskonferenz der EU so einzubringen, daß sie in den Beschlüssen zur Europäischen Sicherheitspolitik verankert wird;

- die sofortige Durchführung einer Volksbefragung über die Beibehaltung der Neutralität zu initiieren, deren Ergebnis die Bundesregierung in der Regierungskonferenz der Europäischen Union zu vertreten hat. Ohne Verankerung dieses Ergebnisses im neuen EU - Vertrag ist eine Zustimmung Österreichs nicht möglich!

In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung dieses Antrages gem. §§ 74a (2) iVm 93 (2) GOG verlangt